

Das Projekt „Mauern. Berlin – Schengen. 1989 – 2004“



Text und Fotos: Cord Pagenstecher

Einführung

Vor 15 Jahren fiel die Berliner Mauer. Weltweit symbolisiert der 9. November 1989 das Ende des kalten Krieges und der Teilung Europas. Euphorisch begrüßten die Bürger beider deutscher Staaten die neue Bewegungsfreiheit. Seither sind rund um das im Vertrag von Schengen definierte Europa neue Mauern gebaut worden, ob an der Straße von Gibraltar oder an der polnisch-ukrainischen Grenze. Jedes Jahr sterben Hunderte von Flüchtlingen beim Versuch, diese EU-Mauer zu überwinden.

Zum 15. Jahrestag des Mauerfalls haben ForscherInnen des Instituts für Nomadologie und Mitglieder der Berliner Geschichtswerkstatt, daher am 7. November 2004 zu einer kleinen Konferenz in der Offenen Universität Berlin eingeladen. Damit wollten wir Informationen zusammentragen über den Ausbau des europäischen Grenzregimes seit 1989 und über seine konkrete Ausgestaltung an exemplarischen Orten im In- und Ausland. Und wir stellten die Bilder in Frage, die die Festung Europa in unseren Köpfen hervorruft: Was bedeutet



Schengen-Europa für Menschen dies- und jenseits dieser Mauer? Dient die Abschottung ökonomisch dazu, Einwanderung zu verhindern oder soll sie für billige, weil illegale Arbeitskraft zu

sorgen? Hilft sie mental bei der Konstruktion einer europäischen Identität – Europa als privilegierter Ort in einer bedrohlichen Welt? Welche Bilder vom „Hinter der Grenze“ werden auf diese



Grenzzäune projiziert? Andererseits: Welche Projekte und Strategien gibt es zur konkret-migrantischen oder politisch-künstlerischen Überwindung der Grenzen?

Außer Information und Kritik geht es also auch um eine künstlerische Auseinandersetzung mit der Schengener Mauer. Daher bildete die Tagung den Auftakt für eine Veranstaltungsreihe von Studierenden der Kunsthochschule Berlin-Weißensee, für sich unter dem Titel „Reisefreiheit“ speziell künstlerischen Projekten widmete.

sicht, eine Festung Europa zu errichten“, wurde auf dem Berliner Alexanderplatz ein Stück Mauer aufgebaut. Die neue Berliner Mauer stand für drei Tage vom 30. August bis zum 1. September 2004. Außer dem titelgebenden, wenn auch abgewandelten Ulbricht-Zitat zitierte eine EU-Fahne die etwa 12 m lange und 3 m hohe Mauer aus Holz und Styropor. Performative Grenzkontrollen mit Visa-Vergabe erlaubten den PassantInnen, die Mauer zu durchschreiten und einen Projektionsraum mit Video-

„Niemand hat die Absicht, eine Festung Europa zu errichten“

Ende August 2004 haben die Berliner Geschichtswerkstatt und das Institut für Nomadologie bereits eine Kunstaktion durchgeführt. Unter dem Titel „Niemand hat die Ab-

installationen zum Thema Grenze zu betreten. Die relativ ausführlichen Informationstexte auf der Mauer wurden ebenso intensiv studiert wie eine durch eine Karte ergänzte Liste der bisher bekannt gewordenen 5000 Opfer der Festung Europa. Nach der Demonstration der Anti-Lager-Action-Tour gegen Abschiebegefängnisse und Ausreiselager am 1. September wurde die Mauer wieder abgebaut – so wie hoffentlich auch bald die Mauern der Festung Europa abgebaut werden. Im Internet wurden Bau und Abriss fotografisch dokumentiert. Auch die Informationstexte und die Presse-Resonanz lässt sich unter <http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de/mauern/> nachlesen.

Vergleich als Anstoß

Beide Teile des Projekts, Kunstaktion und Tagung, fanden im Vorfeld des 15. Jahrestags der Maueröffnung statt. Damit wollten wir statt stolz-nationaler Rückschau oder DDR-Nostalgie einen Anstoß geben, im Lichte der deutschen Geschichte über den aktuellen Prozess der Europäischen Einigung und seine

Schattenseiten zu diskutieren und nachzudenken. Das erste Ziel wurde bereits durch die „Mauer“-Aktion ganz gut erreicht. Der Vergleich Berliner und Schengener Mauer ist provokant genug, um eine rege Presseresonanz und zahlreiche und emotionale Reaktionen von PassantInnen auszulösen. Ein Antrag an die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick, eine Veranstaltung im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung des ehemaligen Grenzwachturms am Schlesischen Busch zu unterstützen, rief auch in den kommunalen Gremien lebhaft Diskussionen hervor.¹

Das zweite angepeilte Ziel, das Nachdenken, war in diesen Reaktionen und Diskussionen allerdings nicht immer erkennbar. In weiten Kreisen herrscht hier offenbar ein Denk-Tabu. Das Überwinden von Mauern gilt manchen als exklusives Recht der Deutschen; wer die Berliner Mauer nicht einzigartig findet, gilt quasi als Vaterlandsverräter. Das senkrechte, graue Ding mit der charakteristischen Rundung oben drauf, das wir auf dem Alex aufgebaut hatten, löste sofort unterschiedlichste persönliche Assoziationen aus. Viele



der in dieser Zeit sehr engagierten Montagsdemonstrierer wollten die Mauer als Anti-Hartz-IV-Schutzwall generell wieder aufbauen. Ein Anrufer klagte später über sein auf dem ehe-

maligen Mauerstreifen angelegtes Gärtchen, das nun vom Amt zerstört worden sei und sah auch darin europäische Festungsmentalität. Andere erzählten von ihren ganz persönlichen

[1] http://www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/denkmale_in_berlin/de/berliner_mauer/schlesischer_busch.shtml, 15.11.2004.

[2] Im November 2004 folgte das Museum Haus am Checkpoint Charlie unserem Vorbild und baute eine – allerdings aus Originalsegmenten bestehende – Mauer als Gedenkzeichen für die Opfer des Kalten Kriegs auf. Vgl. <http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/01.11.2004/1453904.asp>, 15.11.2004.

[3] <http://www.mexartes-berlin.de/deu/01/index.html>, 15.11.2004.

Erinnerungen und heutigen Kränkungen – eine Dokumentation dieser Reaktionen wäre ein lohnendes Projekt gewesen. Wie die Berliner Mauer heute von verschiedenen Menschen erinnert wird, welche Assoziationen und Projektionen sie auslöst, ist freilich ein eigenes Thema.²

Neben dem künstlerischen Anstoß im öffentlichen Raum folgte mit der Tagung ein analytischer Teil mit Referenten aus Wissenschaft, Kunst und Politik. Denn ein Ziel des Projekts war es auch, sonst klar getrennte Diskurse und Szenen zur gemeinsamen Diskussion zusammen zu bringen, historische Perspektiven in die aktuelle Debatte zu bringen und umgekehrt nach aktuellen Bezügen der Geschichte zu fragen. Das erwies sich in der Vorbereitung aber als schwierig. Wir hatten zum Beispiel überlegt, einen Block dem Thema Fluchthilfe und Schlepper zu widmen. Eine Expertin für die Geschichte der Fluchthelfer an der Berliner Mauer lehnte aber solch einen historischen Vergleich ab und fürchtete eine politische Instrumentalisierung der Geschichte. Die Schengen-Kritiker auf der anderen Seite mögen sich nicht

gerne auf die Geschichten von DDR-Flüchtlingen einlassen, in denen der Kalte Krieg womöglich noch recht lebendig ist. Generell ist es ja oft so, dass Flüchtlinge selbst nicht immer die politische korrekte Einstellung haben, die von ihnen als ‚Opfer‘ erwartet wird.

Vergleich als Erkenntnis-mittel

Ist solch ein Vergleich denn überhaupt sinnvoll? Mit einem Vergleich der Berliner Mauer und der Schengen-Grenzen sollen keineswegs die historisch unterschiedlichen Grenzregime der DDR und der EU gleichgesetzt werden, etwa im Sinne eines plumpen Totalitarismus rot = braun = blau mit gelben Sternchen. Vergleich heißt eben nicht Gleichsetzung, sondern Erkennen und Bewerten von Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Ein deutlicher Unterschied liegt auf der Hand: Die Berliner Mauer ließ die DDR-BürgerInnen nicht heraus, während die Schengener Mauer MigrantInnen nicht hereinlässt. Was bedeutet das nun aber für die Wahrnehmung und politisch-moralische Bewertung? Ist das Eine legitim, das an-

dere nicht? Wie unterscheiden sich zum Beispiel die Motive, Arbeitsweisen und Stereotypen von Schleusern und Fluchthelfern?

Neben Unterschieden gibt es auch Gemeinsamkeiten der beiden Grenzregime: Beide Mauern sollen vor allem Arbeitsmärkte regulieren und damit Systeme stabilisieren. Sie sind auch geistige Barrieren und ideologische Sichtblenden. Zugleich dienen sie als Projektionsflächen der Fremd- und Selbstwahrnehmung. Welche Funktionen die Grenzbefestigung hat, welche Projektionen sie hervorruft, wie sie in Frage gestellt oder überwunden werden kann, das sind Fragen, die auf der Tagung aufgeworfen wurden.

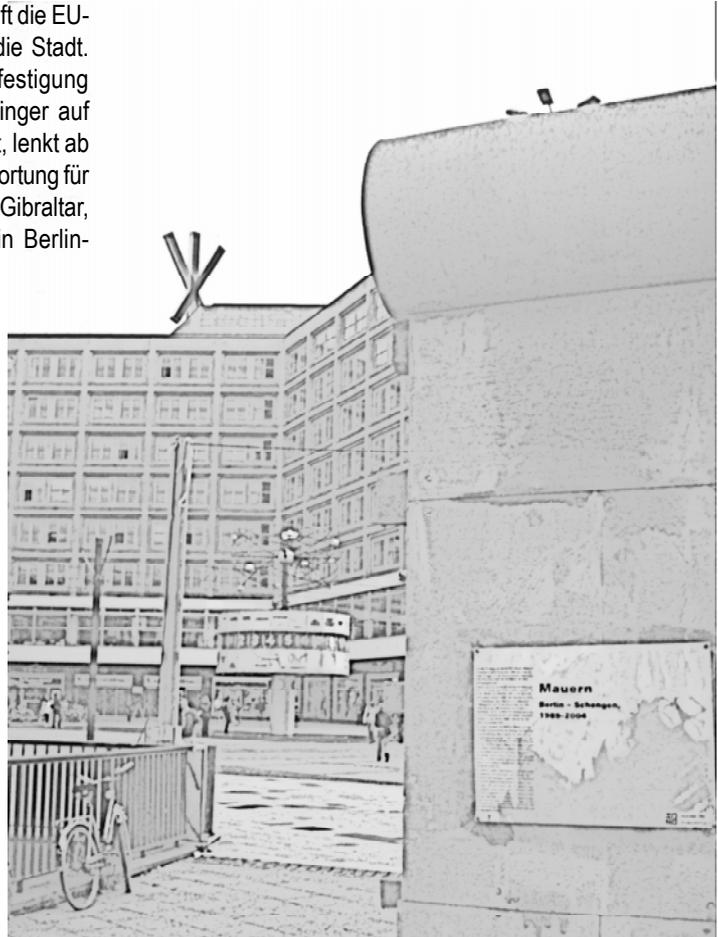
Thematische Eingrenzung

Mit der Tagung „Mauern. Berlin – Schengen, 1989 - 2004“ wollten wir das Migrationsregime und die Grenzbefestigung der EU hinterfragen. Der Bau dieser Schengen-Mauer wurde wesentlich hier in Berlin beschlossen: Es ist vor allem die Bundesregierung, die auf die Abschottung der vermeintlich bedrohten Festung Europa

drängt. Daher sind wir für ihre Opfer mitverantwortlich. Wir profitieren auch vom billigen, weil mit illegalisierter Arbeit produzierten spanischen Gemüse. Das europäische Grenzregime beschränkt sich außerdem nicht auf eine weit entfernte geographische Linie: Die Residenzpflicht beispielsweise macht auch für seit langem hier lebende Flüchtlinge jede Landkreisgrenze zu einer nur illegal zu überwindenden Mauer. Die Festung Europa befindet sich auch hier in Berlin; ein wirksamer Teil ist etwa das Abschiebegefängnis in Grünau.

Diese konkreten Bezüge sind auch der Hauptgrund, warum wir nicht über alle Mauern und Grenzanlagen diskutieren wollten, die weltweit aus unterschiedlichen Gründen gebaut werden, etwa an der Südgrenze der USA oder in Palästina. Freilich gab es beim Berliner Mexiko-Festival im Haus der Kulturen der Welt 2002 spannende Kunstprojekte zum amerikanischen Grenzzaun.³ Ein gerade für Berlin interessanter Sonderfall ist gewiss auch Nikosia, die Hauptstadt Zyperns, die seit der türkischen Invasion 1974 geteilt ist. Seit der Ablehnung der Wie-

dervereinigung durch die Zyperngriechen im April 2004 verläuft die EU-Außengrenze mitten durch die Stadt. Wer beim Thema Grenzbefestigung aber allzu rasch mit dem Finger auf Tijuana oder Jerusalem zeigt, lenkt ab von unserer eigenen Verantwortung für das, was an der Straße von Gibraltar, im ukrainischen Lviv oder in Berlin-Grünau passiert.



FESTUNG EUROPA

Die Geschichte der Festung Europa Cord Pagenstecher

[4] Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, München 2003, Bd. 3, S. 524.

[5] Varian Fry, ein amerikanischer Journalist, rettete 1940-1941 in Marseille etwa 2000 deutsche Flüchtlinge vor der Auslieferung durch die Vichy-Regierung an Nazi-Deutschland, in dem er ihnen gefälschte

Dieser Beitrag versucht kurz und schlagwortartig eine historische Einordnung der „Festung Europa“. Ich bitte um Verständnis, wenn die groben Linien an manchem Punkt aus Platzgründen allzu vereinfachend skizziert sind. Ich nenne vier Punkte: den Nationalsozialismus und das Asylrecht, die Berliner Mauer, die Arbeitnehmer-Freizügigkeit in der EU und das eigentliche Vertragssystem von Schengen.

Nationalsozialismus und Asylrecht

Zunächst möchte ich einen kurzen Blick auf die Zeit vor 1945 werfen. Nicht nur der Begriff „Festung Europa“ stammt aus dem Nationalsozialismus, wo er unter anderem Verwendung fand in einem „Vorschlag zur Mobilisierung der europäischen Wirtschaftsreserven“, den ein Referent in Albert Speers Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im September 1943 vorlegte.⁴ Auch das deutsche Asylrecht entstand als Reaktion auf die NS-Zeit. Nachdem viele Deutsche während der Nazidiktatur als politisch oder rassistisch Verfolgte ins Ausland fliehen mussten, garantierte das Grundgesetz das Asylrecht als individuell einklagbares Grundrecht. Denn viele dieser Flüchtlinge waren im Ausland, etwa an der Schweizer Grenze, zurückgewiesen worden. Es gab nur wenige Fluchthelfer wie den amerikanischen Journalisten Varian Fry⁵ oder den Schweizer Grenzpolizisten Paul Grüninger⁶, deren Motive teilweise noch heute umstritten sind.

Als die osteuropäischen Grenzen geöffnet wurden, verabschiedete sich die Bundesrepublik von ihrer historischen Verantwortung: Nach fremdenfeindlichen Wahl- und Pressekampagnen und davon inspirierten gewalttätigen Ausschreitungen gegen Flüchtlinge beschlossen CDU/CSU, SPD und FDP 1993 die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl: Wer aus einem sogenannten „sicheren Drittstaat“ einreist, hat grundsätzlich keinen Asylanspruch. Zu den „sicheren“ Drittstaaten gehören alle Nachbarn Deutschlands und in Zukunft womöglich auch Staaten wie Weißrussland oder die Türkei. Noch ist Deutschland an die Genfer Flüchtlingskonvention gebunden, die aber in vielen EU-Ausführungsbestimmungen – nicht zuletzt auf deutschen Druck hin – immer mehr ausgehöhlt wird.

Übrigens: Heute zahlt das von den Schweizer Banken finanzierte „Holocaust Victim Assets Programme“ unter der Rubrik „Flüchtlingsklasse“ an Nazi-Verfolgte, denen seinerzeit die Einreise in die Schweiz verweigert wurde, eine Entschädigung in Höhe von 3.625 US-Dollar.⁷ Organisiert wird dieser Fonds von der gleichen Inter-

national Organisation for Migration, die auch sogenannte Rücknahmeverträge und Abschiebelager „betreut“.

Die Berliner Mauer

Kommen wir zur DDR-Geschichte. Die Berliner Mauer diente der Stabilisierung eines diktatorischen Systems, das Arbeitskräfte behalten wollte, missliebige Menschen aber – gegen D-Mark – über die Mauer abschob.

Viele Menschen auf der Ostseite orteten hinter der kaltgrauen Wand ihre vom Westfernsehen inspirierten – nach 1989 oft bitter enttäuschten – Träume von einem besseren Leben. Tausende suchten im Westen politische Freiheit oder materiellen Wohlstand. Über 250 Menschen wurden bei Fluchtversuchen allein in Berlin getötet.

In West-Berlin fehlten nach dem Mauerbau plötzlich Arbeitskräfte, so dass nun auch hier, wie vorher in Westdeutschland, MigrantInnen aus dem Mittelmeerraum angeworben wurden. Politisch diente die Berliner Mauer im Westen als antikommunistischer Schutzwall gegen linke Kritik („Geh doch rüber!“), als ideologische Sichtblende und als Projektionsfläche der

Eigenwahrnehmung: „Die Mauer wurde den Deutschen im Westen zum Spiegel, der ihnen Tag für Tag sagt, wer der Schönste im Lande ist.“ (Peter Schneider, Der Mauerspringer)

Die Abschottung (West-)Europas gewann nach Ende des Kalten Kriegs an Umfang und Stärke; sie begann aber schon vor 1989. Ein Beispiel: Bis 1985 stellte die DDR am Flughafen Schönefeld etwa für tamilische Flüchtlinge problemlos Transitvisa zur Weiterreise über den Bahnhof Friedrichstraße nach West-Berlin und in die Bundesrepublik aus. Auf Drängen des Westberliner Senats und der Bundesregierung stopfte die DDR in den Folgejahren dieses Loch in der Mauer: Flüchtlinge erhielten ab 1986 nur noch dann ein Transitvisum, wenn sie ein Einreisevisum der BRD vorweisen konnten.⁸

Arbeitsmigration und EU-Freizügigkeit

Repressive Migrationskontrolle gab es in Deutschland bereits seit den 19. Jahrhundert. Zwischen dem ersten Regierungsvertrag mit Italien 1955 und dem Anwerbestopp 1973 prägte die

Pässe und Visa für die USA und andere Länder besorgte und sie als blinde Passagiere auf Frachtschiffen oder zu Fuß über die Pyrenäengrenze geleitete. Unter ihnen waren die Maler Marc Chagall und Max Ernst und die Philosophin Hannah Arendt. In den USA ermittelte das FBI gegen ihn. Erst lange nach seinem Tod 1967 wurde seine mutige illegale Hilfe geehrt, u.a. 1997 durch die Varian-Fry-Straße am Potsdamer Platz. <http://www.ushmm.org/research/library/index.utp?content=bibliography/varianfry/right.htm>, 15.11.2004.

[6] Paul Grüninger wurde als idealistischer Retter, aber auch als korrupter Nazi-Sympathisant und Menschenhändler bezeichnet. Vgl. Schraga Elam / Stefan Keller / Heinz Winzenried, Paul Grüninger und die Vertreibung der Juden. Der Vorwurf von Nazi-Sympathien, Neue Zürcher Zeitung, 5. Februar 1999, und weitere Artikel,

http://www.nzz.ch/dossiers/schatten/index_schatten10.html, 15.11.2004.

[7] IOM, Holocaust Victim Assets Programme/Swiss Banks, Hintergrundinformation. Allgemeine Informationen zum Holocaust Victim Assets Programme/HVAP, Mai 2004, http://www.swissbankclaims.iom.int/German/docs/FACTSHEET_HVAP_2004_g.pdf, 14.08.2004.

[8] Heiner Busch, Vom Einheitlichen Binnenmarkt zum Gemeinsamen Abschließungsraum. Politische Grenzsicherung in Europa, Bürgerrechte & Polizei/CILIP 45 (2/1993), <http://www.cilip.de/ausgabe/45/raum.htm>, 31.07.2004.

[9] Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 410), München 2001. Cord

Anwerbung der sogenannten „Gastarbeiter“ wesentlich das Migrationsgeschehen und die Ausländerpolitik der Bundesrepublik.⁹ Trotz des ursprünglich nur als vorübergehend gedachten Aufenthalts der ArbeitsmigrantInnen stellte der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung bereits 1979 fest, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden sei. Regierung und Gesetzgebung ignorierten diesen Tatbestand jedoch in den folgenden 25 Jahren. Obwohl der sogenannte Asylkompromiss 1993 vorsah, dass im Gegenzug zur Abschaffung des Asylrechts ein Einwanderungsgesetz beschlossen werden sollte, ist dieses erst 2004 beschlossene Gesetz nun nicht nur semantisch, sondern noch mehr inhaltlich zum Zuwanderungsgesetz verkommen.

Auch die Europäische Einigung begann nicht 1989, sondern bereits in den 1950er Jahren. Die Europäische Gemeinschaft war und ist aber zunächst eine Wirtschaftsunion, von der vor allem die Unternehmen profitieren. Die 1968 eingeführte Freizügigkeit erlaubte allen EU-Bürgern, in anderen Ländern der Union zu arbeiten. Sie wurde

nach und nach für alle Neumitglieder übernommen, ohne dass es dadurch zu den teilweise befürchteten Migrationsschüben gekommen wäre. Ein Beispiel ist Portugal: Trotz offener Grenzen und eines um mindestens ein Drittel niedrigeren Lebensstandards gibt es keine Massenwanderung von PortugiesInnen nach Deutschland. Uwe Hunger¹⁰ hat darauf verwiesen, dass Migration viel mit Lohndumping zu tun hat: Nur in Phasen, in denen deutsche Arbeitgeber Ausländern geringere Löhne zahlen konnten als Inländern – etwa über die Subunternehmer im Baugewerbe Mitte der 1990er Jahre – oder bei gezielten Anwerbungen kam es zu einer nennenswerten Arbeitsmigration aus EU-Staaten nach Deutschland.

Für die am 1. Mai 2004 beigetretenen osteuropäischen Staaten haben verschiedene EU-Staaten Übergangsfristen von zunächst zwei, höchstens sieben Jahren beschlossen, bis die NeubürgerInnen auch hier arbeiten dürfen. Aber auch dann wird sich wohl keine neue Völkerwanderung etwa aus Polen nach Deutschland in Bewegung setzen.

Das System von Schengen

Bereits 1985 vereinbarten fünf europäische Staaten im luxemburgischen Weindorf Schengen den schrittweisen Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen.¹¹ 1990 regelte das Schengener Durchführungsabkommen („Schengen II“) die Details: verstärkte Grenzkontrollen an den Außengrenzen, eine gemeinsame Visapolitik und eine intensive polizeiliche Zusammenarbeit.

Nach und nach traten andere Staaten dem Schengener Abkommen bei. 1995 wurden die Bestimmungen von Schengen II in Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal und Benelux in Kraft gesetzt. Später kamen Italien, Griechenland, Österreich und Skandinavien hinzu, nicht jedoch Großbritannien und Irland. 1999 integrierte der Vertrag von Amsterdam das Schengen-System in den Rechtsrahmen der Europäischen Union.

In Dublin hatten die EU-Mitgliedsstaaten bereits 1990 Grundregeln einer gemeinsamen Asylpolitik beschlossen; in einer seit 2003 gültigen EU-Verordnung („Dublin II“) wurden sie konkretisiert.

siert. Seither werden europaweit Fingerabdrücke im Datensystem Eurodac gesammelt.

Für die am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Mitgliedstaaten werden die Kontrollen an den Binnengrenzen erst wegfallen, wenn sich die anderen Regierungen von ausreichenden Kontrollen der Außengrenzen überzeugt haben, frühestens 2007. Schon seit Anfang der 1990er Jahre haben die Kandidatenländer ca. 650 Mio. Euro für einen effektiveren Grenzschutz bekommen. Die in den 1990er Jahren relativ offene Grenze zwischen Polen und der Ukraine ist nun durch hochmoderne Grenzanlagen befestigt. Die vor allem auf Druck der Bundesregierung eingeführte Visumpflicht reißt die gerade wieder gewachsenen Kultur- und Handelsbeziehungen im früheren Galizien auseinander.

Die Abschottung der Festung Europa ist wirksam: Nur 2 % der weltweit circa zwölf Millionen internationalen Flüchtlinge kommen nach Europa; Tendenz abnehmend: 2003 sank die Zahl der Asylgesuche in der gesamten EU gegenüber 2002 um 22 % auf 288 000. Davon kamen nur 50 000 nach

Deutschland; dies ist die niedrigste Zahl seit 1984.

Diese Abschottung bringt aber jährlich Hunderten von Flüchtlingen den Tod. Nach einer unvollständigen Aufstellung der niederländischen Organisation „United against racism“ kamen infolge der Festung Europa seit 1993 über 5000 Menschen ums Leben. Die tatsächliche Zahl der Opfer dürfte weit höher liegen. Die meisten sind – anders übrigens als an der DDR-Grenze – nicht erschossen worden, sondern im Mittelmeer ertrunken oder in Kühlkammern erstickt. Aufgeführt werden aber auch in Polizeigewahrsam Getötete, Opfer rassistischer Angriffe und Selbstmordfälle in Abschiebegefängnissen. Eine von der französischen Zeitung *Le Monde Diplomatique* zusammengestellte Karte zeigt die tödlichen Brennpunkte von Schengen-Europa.

Die im Vertrag von Schengen beschlossene Abschaffung der Passkontrollen an den EU-Binnengrenzen ist – neben dem Euro – der für die meisten Menschen spürbarste Aspekt der europäischen Einigung. Diese inner-europäische Reisefreiheit ist jedoch

verbunden mit einer juristisch-polizeilichen Abschottung der Außengrenzen der „Festung Europa“, die jährlich Hunderten von Flüchtlingen den Tod bringt.



Kurzbiografie

Cord Pagenstecher, geb. 1965, Historiker, Mitarbeiter der Berliner Geschichtswerkstatt (www.berliner-geschichtswerkstatt.de). Publikationen und Projekte zur NS-Zwangsarbeit (u.a. Errichtung eines Dokumentationszentrums zur Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide, www.zwangsarbeit-in-berlin.de), zur Geschichte von Migration und Ausländerpolitik („Gastarbeiter“ in West- und „Vertragsarbeiter“ in Ost-Berlin), zur Foto- und Tourismusgeschichte (www.cord-pagenstecher.de).

Pagenstecher, Ausländerpolitik und Immigrantidentität. Zur Geschichte der ‚Gastarbeit‘ in der Bundesrepublik, Berlin 1994.

[10] Uwe Hunger, Arbeitskräftewanderungen im Baugewerbe der Europäischen Union: Problemanzeigen, Regelungsversuche und Schlußfolgerungen für die zukünftige Beschäftigung von Ausländern in Deutschland, in: Einwanderung und Einbürgerung in Deutschland. Jahrbuch Migration – Yearbook Migration 1997/98, hrsg. v. Dietrich Thranhardt, Münster 1998, 65 – 104.

[11] Dazu und zum Folgenden Pro Asyl (Hrsg.), „Europa macht dicht.“ Heft zum Tag des Flüchtlings 2004, <http://www.unitedagainstracism.org>, http://www.europa.admin.ch/nbv/info_mat/dossiers/dschengen_faq.htm, <http://home.t-online.de/home/EikeBiehler/schengen.htm>, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/2042779.stm>, 15.11.2004